

Susanne Manz  
Matrikelnr: 1545182  
BA-Sozialwissenschaften, 4. Semester

HK ‚Kleine Demokratien‘  
PD Dr. Nils Bandelow

## **Protokoll zur Sitzung am 12.05.2004**

### **Thema: Verhandlungsdemokratie in der Schweiz**

Wie bereits in den letzten Sitzungen besprochen sind Korporatismus, Konkordanz und Politikverflechtung die Kernelemente der Verhandlungsdemokratie. Die Schweiz kann als extremer Fall von Verhandlungsdemokratie angesehen werden. Man kann die Schweiz als Mischsystem aus direkt-demokratischen und repräsentativ-parlamentarischen sowie stark föderalen Elementen bezeichnen.

Unter Verhandlungsdemokratie werden politische Systeme verstanden, in denen die Entscheidung nicht primär durch Parteienwettbewerb, alternierende Regierung und hierarchisch - majoritäres Entscheidungen bestimmt wird, sondern die Konfliktregelung vom Modus des Aushandelns dominiert wird (vgl. Schulze 2002).

Die Schweiz ist ein Bundesstaat, der aus einem Staatenbund von unabhängigen Kantonen entstanden ist. Wichtigste Elemente des schweizerischen politischen Systems sind die direkte Demokratie und der stark ausgeprägte Föderalismus, wobei die Kantone stark autonom sind und sich in allen Phasen der politischen Willensbildung beteiligen können. Die Legislative ist das Parlament, das aus zwei Kammern (Nationalrat und Ständerat) besteht. Der Bundesrat (Exekutive) ist die Schweizer Bundesregierung. Der Bundesrat wird vom Parlament gewählt. Zur Judikative zählt unter anderem das Schweizerische Bundesgericht. (siehe hierzu auch Thesenpapier von Ralf Drekopf).

Die vier größten Parteien der Schweiz bilden die Regierung (Zauberformel). Die Proporzregeln (z.B. Zusammensetzung der Parteien) sind hierbei zu berücksichtigen. Bei der Entwicklung der Konkordanz in dieser Form, wie in der Schweiz, muss man die ethnische Zusammensetzung berücksichtigen. Die Größe des Landes, spielt eine wichtige Rolle für die direkte Demokratie. Es gibt viele kleine Kantone. Starke Verbände und ein schwaches Parteiensystem sind Kennzeichen der direkten Demokratie. Konkordanzzwänge sind also dadurch verursacht, dass bei einer nicht ausreichenden Einbindung aller Interessen, die Zustimmung der Bevölkerung fehlt und dann sowieso Referenden durchgeführt werden.

Für den Zusammenhang zwischen direkter Demokratie und Konkordanz ist der Prozess der politischen Willensbildung wichtig. Hierbei gibt es in der Schweiz verschiedene Arten von Referenden – diese sind kennzeichnend für die direkte Demokratie.

Das fakultative Referendum. In bestimmten Gesetzesbereichen haben die Bürger die Möglichkeit, auf Gesetze, die vom Parlament verabschiedet wurden, auf Bundesbeschlüsse sowie auf Staatsverträge Einfluss zu nehmen.

Das obligatorische Referendum. Wichtige verfassungsrechtlich definierte Gesetzesvorhaben (z.B. Steuern, Verfassungsänderungen) müssen der Abstimmung unterworfen werden, nachdem sie das Parlament beschlossen hat.

Die Volksinitiative ermöglicht einer bestimmten Anzahl von Bürgern einen Antrag auf Aufhebung, Änderung, Ergänzung oder Neuschaffung der Verfassung zu stellen.

Für das fakultative Referendum reicht eine einfache Mehrheit. Bei der Volksinitiative und bei dem obligatorischen Referendum ist das Doppelmehr notwendig. Aufgrund der Ständemehrheit (Doppelmehr: Mehrheit der Stimmen auf Bundesebene und Mehrheit in Mehr als der Hälfte der Kantone) haben kleine Kantone, mit wenigen Bürgern die Möglichkeit große Kantone zu blockieren. Das bedeutet, dass zwar repräsentative Institutionen nicht funktionslos werden, damit aber eine Veränderung der politischen Handlungslogik zu erkennen ist. Konflikte werden also nicht durch Mehrheitsbeschlüsse, sondern durch das Aushandeln von Kompromissen geregelt. Die Politik muss von vornherein so gestaltet werden, dass das Volk am Ende dem auch so zustimmen kann/ wird.

Die Frage ist hier naheliegend, ob so ein System dann noch innovativ sein kann? Der Konsenszwang sorgt jedoch für starke Stabilität. Andererseits hat so eine einvernehmliche Konfliktregulierung unter proportionaler Beteiligung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen (Konkordanz) zur Folge, dass sich der Entscheidungsprozess dadurch erheblich verlängert. Rasche politische Entscheidungen sind dann eher selten.

Das hat Auswirkungen auf Legitimität und Effektivität. Die Verfahren sind sehr gespalten und zweiteilig. Wenn ein Kompromiss vernünftig ausgehandelt werden kann, ist es ein zügiger Prozess. Bei einem „schlechten“ Kompromiss d.h. bei Gegenstimmen/ Referenden etc. ist es ein extrem schleppender Prozess.

Wie effizient und effektiv die direkte Demokratie ist, ist schwer zu sagen. Die direkte Demokratie kann als Hürde für die Politik betrachtet werden. Die direkte Demokratie ersetzt Parteienkonkurrenz und andere Mechanismen der Kontrolle politischer Macht.

Einerseits kann man so argumentieren, dass die Bevölkerung durch die Möglichkeit des aktiven Eingreifens politikbewusster ist, als in anderen Ländern. Andererseits besteht jedoch die Gefahr der Politikverdrossenheit bei den Bürgern, aufgrund der Menge an Referenden. Die Frage ist dann auch naheliegend, ob die Bürger wirklich immer die Thematik der Referenden verstehen. Festzustellen ist, dass die Wahlbeteiligung jedoch auch nicht höher ist, als in anderen politischen Systemen.

#### Literatur:

- Linder, Wolf, 2003: Das politische System der Schweiz, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Westeuropas. Opladen: Leske und Budrich, 487-518
- Schulze, Rainer-Olaf in: Nohlen, Dieter/ Schulze, Rainer-Olaf (Hrsg.), 2002: Lexikon der Politikwissenschaft, Band 2. München: Verlag C.H. Beck